Grundsicherungs- und Sozialhilferecht für soziale Berufe

Edtbauer / Rabe

5. Auflage 2021
ISBN 978-3-406-76558-2
C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei
[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de)

Die Online-Fachbuchhandlung [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

[beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird [beck-shop.de](https://www.beck-shop.de) für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

i. V. m. der VO nach § 40 SGB XII fortgeschrieben. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat dabei jeweils spätestens bis zum 1. November die Höhe der Geldbeträge, die für das folgende Kalenderjahr maßgebend sind, im Bundesgesetzblatt bekannt zu machen. Wenn die Ergebnisse einer bundesweiten neuen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe vorliegen, wird gemäß § 3 Abs. 5 AsylbLG die Höhe des Geldbetrags für alle notwendigen persönlichen Bedarfe und die Höhe des notwendigen Bedarfs neu festgesetzt.

Dies ist durch das **Gesetz zur Ermittlung der Regelbedarfe und zur Änderung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch sowie weiterer Gesetze (RBEGAnpG 2021)** vom 9.12.2020 für 2021 gesehen, auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2018.

Monatlich laufende Geldleistungen gemäß § 3 Abs. 1–2 AsylbLG ab dem 1.1.2021			
Leistungsberechtigte	Notwendiger Bedarf (ohne Unterkunft und Heizung etc.) § 3a Abs. 2, 2a AsylbLG)	Notwendiger persönlicher Bedarf § 3a Abs. 1 AsylbLG)	Leistungen nach § 3 AsylbLG gesamt (ohne Unterkunft und Heizung etc.)
Alleinstehende Leistungsberechtigte (Erwachsene oder Jugendliche) (RB-Stufe 1)	202 €	162 €	364 €
Erwachsene innerhalb von Aufnahmeeinrichtungen bzw. Gemeinschaftsunterkünften oder mit Ehe- bzw. Lebenspartner (RB-Stufe 2)	182 €	146 €	328 €
erwachsene Unverheiratete unter 25 mit mindestens einem Elternteil zusammen oder in stationärer Einrichtung (RB-Stufe 3)	162 €	130 €	292 €
Jgdl. vom Beginn des 15. bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres (14–17 Jahre) (RB-Stufe 4)	213 €	110 €	323 €
Kinder vom Beginn des 7. bis zur Vollendung des 14. Lebensjahres (6–13 Jahre) (RB-Stufe 5)	174 €	108 €	282 €
Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres (0–5 Jahre) (RB-Stufe 6)	143 €	104 €	247 €

Anrechnung von
Einkommen und
Vermögen richtet sich
nach § 7 AsylbLG

Die **Anrechnung von Einkommen und Vermögen** ist durch § 7 **AsylbLG** deutlich restriktiver geregelt als bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II oder bei der Sozialhilfe nach SGB XII. Sie wird hier bezüglich des Einkommens *im folgenden Kapitel 20 unter 2. (S. 149)* aufgezeigt und bezüglich des Vermögens *im Kapitel 21 unter 3. (S. 157)*.

Siehe hierzu auch Fall 10 in Teil 5 des Buches!

bb) Zusätzliche Leistungen für Bildung und Teilhabe. Neben den Grundleistungen werden bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen nach § 3(4) AsylbLG **Bedarfe für Bildung und Teilhabe** am sozialen und kulturellen Leben in der Gemeinschaft entsprechend den §§ 34, 34a und 34b SGB XII gesondert berücksichtigt.

cc) Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt. Nach § 4 **AsylbLG** werden diese Leistungen, die zudem auf akute Erkrankungen und Schmerzzustände und die medizinisch gebotenen Vorsorgeuntersuchungen begrenzt sind, von der für die Asylbewerberleistungen zuständigen Behörde gewährt, durch Ausstellung eines entsprechenden Krankenbehandlungsscheines, der im Einzelfall beantragt werden muss.

dd) Arbeitsgelegenheiten. Gemäß § 5 **AsylbLG** sollen in Aufnahmeeinrichtungen aber auch außerhalb bei staatlichen, kommunalen oder gemeinnützigen Trägern Arbeitsgelegenheiten zur Verfügung gestellt werden, sofern die zu leistende Arbeit sonst nicht, nicht in diesem Umfang oder nicht zu diesem Zeitpunkt verrichtet werden würde. Dafür wird eine **Aufwandsentschädigung von 80 Cent je Stunde** ausgezahlt, soweit der Leistungsberechtigte nicht im Einzelfall höhere notwendige Aufwendungen nachweist. Die Arbeitsgelegenheit ist zeitlich und räumlich so auszugestalten, dass sie auf zumutbare Weise und zumindest stundenweise ausgeübt werden kann.

bezweckt Aktivierung von
Flüchtlingen, die nicht der
Vollzeitschulpflicht unter-
liegen

ee) Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“ und Integrationskurse. Das neu aufgelegte **Arbeitsmarktprogramm „Flüchtlingsintegrationsmaßnahmen“** bezweckt eine Aktivierung von Asylbewerbern und Flüchtlingen, die nicht der Vollzeitschulpflicht unterliegen und die noch keine Beschäftigung, Berufsausbildung oder Studium aufgenommen haben. Durch das **Integrationsgesetz vom 31.7.2016** wurde eine Verpflichtung dieser Personen zur Wahrnehmung einer ihnen zugewiesenen Flüchtlingsintegrationsmaßnahme gegen Mehraufwandsentschädigung durch den neu eingefügten § 5a **AsylbLG** statuiert. Eine Weigerung, ohne wichtigen Grund eine zumutbare Flüchtlingsintegrationsmaßnahme trotz Belehrung über die Rechtsfolgen aufzunehmen oder fortzuführen hat eine Anspruchseinschränkung auf die in § 1a Abs. 1 AsylbLG festgelegten Leistungen zur Folge, so dass nur noch Leistungen zur Deckung des Bedarfs an Ernährung und Unterkunft einschließlich Heizung sowie Körper- und Gesundheitspflege gewährt werden und nur noch in Form von Sachleistungen.

Integrationskurs zur
Vermittlung von Sprache,
Rechtsordnung, Kultur
und Geschichte

Durch den ebenfalls neu eingefügten § 5b **AsylbLG** werden nun insbesondere auch Personen, die noch im Asylverfahren sind, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist – das sind derzeit Flüchtlinge aus den sog. „TOP-5-Staaten“ (Syrien, Iran, Eritrea, Irak, Somalia) – und die auch nicht der Vollzeitschulpflicht unterliegen oder er-

werbstätig sind verpflichtet, an einem **Integrationskurs** nach § 43 AufenthG teilzunehmen, in dem die Sprache, die Rechtsordnung, die Kultur und die Geschichte in Deutschland vermittelt werden soll.

Bei einer Weigerung ohne wichtigen Grund gilt ebenfalls die Anspruchseinschränkung auf die in § 1a Abs. 1 AsylbLG festgelegten Leistungen.

ff) Sonstige Leistungen und Erwerbstätigkeit. Auf **sonstige Leistungen**, insbesondere für unbegleitete Minderjährige oder für Opfer von Folter, Vergewaltigung oder sonstiger schwerer Gewalt besteht Anspruch gem. **§ 6 AsylbLG**.

c) Zusätzliche andere Sozialleistungen

Ausländer i.S.v. § 1 Asylbewerberleistungsgesetz, also Asylbewerber, Flüchtlinge und Gleichgestellte haben **keinen Anspruch** auf Kindergeld, Elterngeld, Unterhaltsvorschuss, BAföG oder Wohngeld.

Sie haben jedoch Anspruch auf Leistungen der Jugendhilfe, sowie von Prozesskostenhilfe und Beratungshilfe.

Für Asylbewerber sind Leistungen für Familien, z. B. Kindergeld ausgeschlossen.

Anspruch auf Jugendhilfe, sowie auf PKH und Beratungshilfe besteht jedoch!

d) Erwerbstätigkeit

Eine **Erwerbstätigkeit** ist für die Dauer der Pflicht, in einer Aufnahmeeinrichtung zu wohnen nicht gestattet; ebenfalls nicht für alle Asylbewerber und Ausländer mit Duldung für die ersten 3 Monate des Aufenthalts in Deutschland. Danach kann, meist nur mit Zustimmung der Bundesagentur für Arbeit eine Beschäftigung erlaubt werden, siehe hierzu **§ 61 AsylG** und **§§ 39–42 AufenthG**, sowie die auf der Grundlage des § 42 AufenthG ergangene **Beschäftigungsverordnung**.

e) Zur Frage der Verfassungsmäßigkeit bzw. der verfassungskonformen Auslegung von § 1a AsylbLG

Es ist fraglich, ob die durch das Asylpaket I (Asylbeschleunigungsgesetzes vom 20.10.2015) und nochmals durch das Integrationsgesetz vom 31.07.2016 verfügten deutlichen Anspruchseinschränkungen in den Absätzen 2–5 von § 1a AsylbLG nicht das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG i. V. m. dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG verletzen, wie es vom BVerfG in den schon mehrfach zitierten Entscheidungen vom 9.2.2010 zur Berechnung der Höhe der existenzsichernden Leistungen und vom 18.7.2012 zur Verfassungswidrigkeit des damals geltenden § 3 AsylbLG ausgelegt ist. In dem zuletzt genannten Urteil von 2012 führt das BVerfG unter anderem aus, dass „migrationspolitische Erwägungen“ nicht geeignet sind, eine Unterschreitung dieses Existenzminimums zu rechtfertigen. Der Schutz der Menschenwürde und das Sozialstaatsprinzip könnten zur Abschreckung von Zuwanderern nicht relativiert werden.

Andererseits hat **das Bundesverfassungsgericht im sog. Sanktionsurteil vom 5.11.2019 – 1 BvL 7/16 – in den vorangestellten Leitsätzen dieses Urteils folgendes ausgeführt:**

1. Die zentralen verfassungsrechtlichen Anforderungen an die Ausgestaltung staatlicher Grundsicherungsleistungen ergeben sich aus der grundrechtlichen Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums (Art. 1 Abs. 1 in Ver-

bindung mit Art. 20 Abs. 1 GG). Gesichert werden muss einheitlich die physische und soziokulturelle Existenz ... Das Grundgesetz verwehrt es dem Gesetzgeber aber nicht, die Inanspruchnahme existenzsichernder Leistungen an den Nachranggrundsatz zu binden, also nur dann zur Verfügung zu stellen, wenn Menschen ihre Existenz nicht vorrangig selbst sichern können, sondern wirkliche Bedürftigkeit vorliegt.

2. Der Gesetzgeber kann erwerbsfähigen Menschen, die nicht in der Lage sind, ihre Existenz selbst zu sichern und die deshalb staatliche Leistungen in Anspruch nehmen, aber verlangen, selbst zumutbar an der Vermeidung oder Überwindung der eigenen Bedürftigkeit aktiv mitzuwirken. Er darf sich auch dafür entscheiden, insoweit verhältnismäßige Pflichten mit wiederum verhältnismäßigen Sanktionen durchzusetzen.

3. Wird eine Mitwirkungspflicht zur Überwindung der eigenen Bedürftigkeit ohne wichtigen Grund nicht erfüllt und sanktioniert der Gesetzgeber das durch den vorübergehenden Entzug existenzsichernder Leistungen, schafft er eine außerordentliche Belastung. Dies unterliegt strengen Anforderungen der Verhältnismäßigkeit ... muss es den Betroffenen tatsächlich möglich sein, die Minderung existenzsichernder Leistungen durch eigenes Verhalten abzuwenden; es muss also in ihrer eigenen Verantwortung liegen, in zumutbarer Weise die Voraussetzungen dafür zu schaffen, die Leistung auch nach einer Minderung wieder zu erhalten.

Das **Landessozialgericht Baden-Württemberg** hat in einem Beschluss vom 27.11.2019, (Aktenzeichen L7 SO 3873/19 ER-B) bei dem es auch um die verfassungsrechtliche Zulässigkeit einer Anspruchseinschränkung gemäß § 1a AsylbLG ging unter Bezug und in Bekräftigung des gerade genannten Urteils des BVerfG unter anderem in Rdn. 26 folgendes ausgeführt:

„Im Gegenteil hat das BVerfG in seinem sog. Sanktionenurteil entschieden, dass auch ein vollständiger Leistungsausschluss gerechtfertigt ist, wenn der Betroffene es selbst in der Hand hat, seine menschenwürdige Existenz tatsächlich und unmittelbar selbst zu sichern (BVerfG, Urteil vom 5. November 2019 – 1 BvL 7/16 – juris RdNr. 209). Diese Formulierung bezog sich aufgrund des Gegenstands der dortigen Entscheidung auf die Möglichkeit, eine Arbeit aufzunehmen. Unterlässt dies der Betroffene, ist der Gesetzgeber trotz objektiv bestehender Hilfebedürftigkeit nicht verpflichtet, ihm Leistungen zu gewähren. Für denjenigen, der zumutbar in sein Heimatland ausreisen kann, dies aber nicht tut und deswegen im Inland objektiv hilfebedürftig ist, kann nichts anderes gelten“

Skeptisch zur Verfassungsmäßigkeit äußert sich **Jutta Siefert, Richterin am Bundessozialgericht** in Kassel in ihrem gleichnamigen **Kommentar zum Asylbewerberleistungsgesetz**, München, 2. Auflage 2020 zu § 1a unter Rdn. 7 wie folgt:

„Unabhängig von der Frage, ob und inwieweit der Ausschluss von Leistungen des soziokulturellen Existenzminimums überhaupt verfassungsrechtlich zu rechtfertigen ist ..., ist schon deshalb eine enge (restriktive) Auslegung der Tatbestände des § 1a geboten ... weil die Leistungen nach dem AsylbLG ihrer Höhe nach (gleichgültig, ob ein Geldbetrag ausgezahlt oder nur der Wert der Sachleistungsgewährung zugrunde gelegt wird) ohnedies deutlich unterhalb dessen liegen, was nach dem SGB II oder SGB XII als existenzsichernd gilt – auch, soweit nicht das soziokulturelle Existenzminimum betroffen ist“ und weiter in Rdn. 8 unten (Fettdruck im Original):

Deshalb dürften Anspruchseinschränkungen nach § 1a überhaupt nur zu rechtfertigen sein, soweit sie an ein Verhalten anknüpfen, das die leistungs-

*berechtigte Person zumutbar ändern und damit die Dauer der Leistungsmin-
derung selbst beeinflussen kann.*

C. Einkommensberücksichtigung und Vermögenseinsatz

Kapitel 20. Einkommen und Einkommensberücksichtigung

1. Ermittlung des „zu berücksichtigenden Einkommens“

a) Unterscheidung von Einkommen und Vermögen, einmalige Einnahmen

Nach der modifizierten Zuflusstheorie, die vom Bundesverwaltungsgericht vertreten wurde und der sich seit 2008 auch das Bundessozialgericht angeschlossen hat,¹⁷⁷ ist **Einkommen** „grundsätzlich das, was jemand **nach Antragstellung wertmäßig dazu erhält**, und Vermögen das, was er nach Antragstellung bereits hatte“.¹⁷⁸ Dabei ist vom Zeitpunkt des tatsächlichen Zuflusses auszugehen. Nach dieser Rechtsprechung richtet sich also die Frage, was als Vermögen, was als Einkommen gilt danach, wann ein SGB II-Antrag gestellt wird. Die Entscheidung wird damit vom Zufall oder auch von der bewussten Steuerung der Antragstellung durch den Leistungsberechtigten abhängig. Durch die Reform des § 37 Abs. 2 SGB II mit Wirkung ab dem 1.1.2011 wirkt nun allerdings der Antrag auf Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts auf den Ersten des Monats zurück (vgl. hierzu die Ausführungen in Kapitel 10, 1.) so dass ein Antragsteller z.B. eine noch ausstehende letzte Gehaltszahlung nicht dadurch zum „geschonten“¹⁷⁹ Vermögen machen kann, dass er den Antrag auf ALG II erst am Tag nach dem Gehaltszufluss stellt, sondern dann erst im nächsten Monat.

Abgrenzung

Einkommen – Vermögen

Nach der modifizierten Zuflusstheorie gelten allerdings Geldzuflüsse, die auf **Vermögensumschichtungen** beruhen etwa durch den Verkauf von Vermögensgegenständen, nicht als Einkommen – das so erzielte Geldvermögen bleibt demnach in den Grenzen von § 12 Abs. 2 SGB II geschont.¹⁸⁰

Brühl plädierte in der 3. Auflage des Lehr- und Praxiskommentars zum SGB II dafür, dass auch andere Geldzugänge, die auf Vermögensansprüchen beruhen z.B. aus einer Erbschaft „auch nach Antragstellung entgegen der höchstrichterlichen Rechtsprechung Vermögen zu bleiben (haben)“. Erst recht gelte das für ein gewonnenes bzw. geschenktes Auto oder Haus. Es sei eine juristische Perversion, dies als einmaliges Sacheinkommen anzusehen, um den Vermögensschutz zu hintergehen.¹⁸¹

Festzuhalten bleibt, dass die Rechtsprechung dies – mit wenigen Ausnahmen unterer Sozialgerichte¹⁸² – nicht so sieht und eben so gut wie

¹⁷⁷ Siehe Geiger in LPK-SGB II, § 11 Rn. 15–17 und Schmidt in Eicher/Luik SGB II, § 11 Rn. 14–17.

¹⁷⁸ Schmidt in Eicher/Luik SGB II, § 11 Rn. 14 Hervorhebungen von Schmidt).

¹⁷⁹ „Geschont“ in den Grenzen von § 12 Abs. 2 SGB II (vgl. hierzu Kap. 21).

¹⁸⁰ Schmidt in Eicher/Luik SGB II, § 11 Rn. 24.

¹⁸¹ Brühl, in LPK-SGB II (3. Aufl.), § 11 Rn. 17.

¹⁸² So SG Aachen vom 11.9.2007, info also 2008, 82 bezogen auf eine Erbschaft.

alles, was während des Bedarfszeitraums zufließt, mit Ausnahme nur der Auflösung eines freiwillig angesparten Vermögens, als Einkommen bewertet.¹⁸³

Berücksichtigung von
einmaligen Einnahmen

Für die Berücksichtigung von einmaligen Einnahmen ist allerdings § 11 Abs. 3 SGB II zu beachten, wonach es zulässig ist, einmalige Einnahmen erst im Folgemonat zu berücksichtigen, wenn Leistungen für den Monat des Zuflusses bereits erbracht sind. Weiter sind nach dieser Vorschrift **einmalige Einnahmen auf einen Zeitraum von 6 Monaten aufzuteilen** und monatlich mit einem entsprechenden **Teilbetrag** anzusetzen. Dies betrifft z.B. Urlaubs- oder Weihnachtsgeld, Steuererstattungen oder Nachzahlungen, so dass – außer bei sehr hohen einmaligen Einkünften – keine vollständige Unterbrechung der Zahlung von Alg II die Folge ist, sondern eine verminderte Zahlung in den Anrechnungsmonaten. Nicht zu vergessen ist, dass auch von der einmaligen Einnahme die Absetzbeträge nach § 11b Abs. 1 Nr. 1,2,5 und 6 abgezogen werden dürfen, also Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, die sog. Werbungskosten und der Erwerbstätigenfreibetrag (*Genauerer zu diesen Absetzbeträgen gleich unten, unter d*) und zwar **vorweg**, gemäß der neuen ausdrücklichen Regelung in § 11b Abs. 1 Satz 2 SGB II.

Absetzbeträge auch von
der einmaligen Einnahme
abziehen

b) Nicht zu berücksichtigendes Einkommen

Zunächst stellt § 11 Abs. 1 klar, dass als Einkommen alle Einnahmen in Geld oder Geldeswert zu berücksichtigen sind, also z.B. Arbeitseinkommen, freie Kost und Logis, oder Unterhaltszahlungen oder Mieteinnahmen oder Kapitaleinkünfte (z.B. Zinsen), sowie auch alle Sozialleistungen, wie Kindergeld, Renten, Krankengeld, Übergangsgeld, Arbeitslosengeld, ... etc.

In § 11a SGB II werden Einnahmen aufgeführt, die nicht als Einkommen gelten. Darunter fallen:

Ausnahmen von der
Einkommensanrechnung

- die Leistungen nach diesem Buch, also dem SGB II selbst,
- die Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz,
- die Renten oder Beihilfen nach dem Bundesentschädigungsgesetz (v.a. für Verfolgte des Nationalsozialismus), die für Körper- oder Gesundheitsschäden bis zur Höhe der vergleichbaren Grundrente nach dem Bundesversorgungsgesetz gewährt werden.

Weitere Einnahmen, die nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind werden in **§ 11a Absätze 2–5** SGB II benannt.

Schmerzensgeld

Bei den in § 11a Abs. 2 SGB II genannten Entschädigungen nach § 253 Abs. 2 des BGB handelt es sich um das sog. Schmerzensgeld. Dieses wird nach der genannten Vorschrift des BGB als Entschädigung gewährt wegen einer Verletzung des Körpers, der Gesundheit, der Freiheit oder der sexuellen Selbstbestimmung, wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist. Darüber hinaus werden auch Entschädigungen wegen der Verletzung des allgemeinen Persönlichkeitsrechte und Entschädigungen wegen eines Verstoßes gegen das Benachteiligungsverbot gem. § 15 Abs. 2 AGG nicht als Einkommen berücksichtigt.¹⁸⁴

¹⁸³ Brühl, aao.Rz, 18.

¹⁸⁴ Schmidt in Eicher/Luik SGB II, § 11a Rn. 14.

Zweckgebundene Leistungen sind gem. § 11a Abs. 3 SGB II nicht als Einkommen zu berücksichtigen, soweit sie einem anderen Zweck als die Leistungen nach dem SGB II dienen.

Diese Vorschrift dient dem Schutz des Empfängers, damit dieser nicht gezwungen wird, Leistungen zweckwidrig zu verwenden, weil ihm in entsprechendem Umfang Alg II versagt wird und sie dient andererseits dazu, Doppelleistungen aus öffentlichen Kassen für ein- und denselben Zweck zu vermeiden.

Anderen Zwecken als nur der Sicherung des Lebensunterhalts dienen teilweise **die Leistungen der Ausbildungsförderung**, die nur zweckidentisch sind hinsichtlich des Lebensunterhalts, nicht aber bezüglich der Teile der Leistung, die den Ausbildungsbedarf decken sollen. *Näheres hierzu siehe Kapitel 18 Unterpunkt 1. e) cc).*

Beim vom Jugendamt für Pflegekinder gezahlten Pflegegeld ist der so genannte „Erziehungsbeitrag“ nicht zweckidentisch mit der Sicherung des Lebensunterhalts. Dies ist auch ausdrücklich in § 11a Abs. 3 SGB II so geregelt, dass dieser Erziehungsbeitrag für das erste und zweite Pflegekind gar nicht, für das dritte Pflegekind zu 75 % und für das vierte und jedes weitere Pflegekind in voller Höhe berücksichtigt wird.

Zuwendungen der freien Wohlfahrtspflege sind gem. § 11a Abs. 4 SGB II nicht als Einkommen zu berücksichtigen, soweit sie die Lage der Empfängerinnen und Empfänger nicht so günstig beeinflussen, dass daneben Leistungen nach dem SGB II nicht gerechtfertigt wären. Die aktuellen „Fachlichen Hinweise“ der BA zu § 11 SGB II Ziffer 11.110 führen hierzu aus:

„Soweit nicht im Einzelfall andere Erkenntnisse offensichtlich sind, ist hiervon bei Zuwendungen der Freien Wohlfahrtspflege auszugehen.“

Zuwendungen Dritter ohne rechtliche oder sittliche Pflicht werden gemäß § 11a Abs. 5 SGB II ebenfalls **nicht als Einkommen berücksichtigt**, soweit ihre Berücksichtigung grob unbillig wäre oder sie die Lage der Leistungsberechtigten nicht so günstig beeinflussen, dass daneben Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nicht gerechtfertigt wären.

Klar ist allerdings, dass z.B. Unterhaltszahlungen aufgrund gesetzlicher Unterhaltspflicht oder aufgrund eines Vertrages (Unterhaltsvergleich) nicht als Zuwendungen gelten können und somit als Einkommen eingesetzt werden müssen.

Die Frage der Anrechnung von (regelmäßigen) Zuwendungen (ohne sittliche Pflicht oder Rechtspflicht) von Verwandten und Verschwägerten wurde von der Praxis unter der Geltung des BSHG pragmatisch so gelöst, dass in den Sozialhilferrichtlinien (SHR) in etlichen Bundesländern festgelegt war, dass diese anrechnungsfrei bleiben, wenn eine bestimmte Höhe nicht überschritten wird, so z.B. nach SHR-RP¹⁸⁵ 30 % des Regelsatzes für den Haushaltsvorstand, zuzüglich 10 % für jeden Familienangehörigen, der vom Zuwendungsempfänger überwiegend unterhalten wird.

Die aktuellen „Fachlichen Hinweise“ der BA zu § 11 SGB II in den Ziffern 11.102–11.105 sehen für die Nichtberücksichtigung solcher Zuwendungen Dritter keine pauschalen Beträge vor. Sie verweisen als Ober-

Zweckgebundene Leistungen

Ausbildungsförderung

Pflegegeld vom Jugendamt

Zuwendungen von Wohlfahrtsverbänden bleiben in der Regel unberücksichtigt,

Zuwendungen Dritter (Angehörige, Freunde)

¹⁸⁵ Sozialhilferrichtlinien von Rheinland Pfalz, zu § 78 Rn. 10.

grenze auf die geltenden Vermögensfreibeträge nach § 12 SGB II (siehe hierzu Kapitel 21).

Zu Geschenken an Kinder heißt es dort unter der Zf. 11.105:

„Von einer nur geringfügigen Lageverbesserung durch eine Zuwendung, bei der ungekürzte Leistungen weiter gerechtfertigt sind, ist insbesondere bei allgemein üblichen Zuwendungen von Verwandten an minderjährige Kinder auszugehen (z.B. Geld- oder Sachgeschenke zu Weihnachten oder Geburtstag, kleinere Taschengelder). Die Entscheidung hat insbesondere den Anlass, den Zweck und die Höhe der Zuwendung zu berücksichtigen.“

Weitere Ausnahmen von der Einkommensanrechnung

Darüber hinaus sind in § 1 Abs. 1 der Alg II-V in 14 Nummern weitere Arten von Einnahmen benannt, die ebenfalls nicht als Einkommen zu berücksichtigen sind – *bitte lesen!* Unter anderem sind hier genannt das **Pflegegeld** für *Pflegepersonen* (= Angehörige oder Nachbarn; nicht zu verwechseln mit den *Pflegekräften* einer zugelassenen Pflegeeinrichtung; deren Verdienst würde als Erwerbseinkommen angerechnet werden), die **Eigenheimzulage**, das **Kindergeld** für **außerhalb des Haushalts** lebende Kinder, **geringfügige Einnahmen** von **unter 15-jährigen** Sozialgeldbeziehern, sowie Geldgeschenke anlässlich der Firmung, Kommunion, Konfirmation etc.

Schließlich sind gemäß § 1 Abs. 4 Alg II-V auch **Einnahmen von SchülerInnen aus Ferienjobs bis zu € 2.400 pro Jahr anrechnungsfrei!**

Im Jahr 2020 neu eingefügt sind die zeitlich begrenzten Sondervorschriften in § 1 Abs. 1 Alg II-V in den Nummern 10, 13 und 14 bezüglich **Beihilfen und Unterstützungen von Arbeitgebern** und durch **Überbrückungsprogramme des Bundes für Lohn- bzw. Einnahmeausfälle aufgrund der Covid-19-Pandemie**.

Aufgrund von Bestimmungen in anderen Gesetzen sind u. a. folgende Einkünfte **nicht** zu berücksichtigen:

- **Elterngeld, maximal bis € 300, seit 2011** wegen des neu eingefügten § 10 Abs. 5 BEEEG **aber nur noch, wenn vor der Geburt des Kindes Einkommen aus Erwerbstätigkeit erzielt wurde und nur in Höhe dieses Einkommens**, (bzw. € 150,- wenn die Verlängerungsregelung mit der hälftigen Auszahlung der Elterngeldbeträge gewählt wird),
- vergleichbare Leistungen der Länder (**Landeserziehungsgeld**)
- **Mutterschaftsgeld, soweit es auf das Elterngeld angerechnet wird**, vgl. §§ 3 Abs. 1 und 10 BEEG,
- Leistungen der **Stiftung „Mutter und Kind – Schutz des ungeborenen Lebens“**,
- Rentenbeiträge in Höhe einer **Grundrente** aus der **Stiftung „Hilfswerk für behinderte Kinder“**,
- **Kindernerziehungsleistungen an Mütter** der Geburtsjahrgänge vor 1921,
- Leistungen der **Pflegeversicherung** gem. § 13 Abs. 5 SGB XI.